

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangene Woche in Berlin war sehr ereignisreich, und auch das Wochenende wird uns mit den **Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz** viel Spannung bescheren.

Am Freitag haben wir über die **Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz von AWACS-Flugzeugen der NATO in Afghanistan** abgestimmt. AWACS ist ein fliegendes Radarsystem, das den Luftraum aufklären und überwachen kann. Der derzeitige AWACS-Einsatz der NATO in Afghanistan hat Mitte Januar ohne Mitwirkung der Bundeswehr, die rund 40 Prozent des AWACS-Personals stellt, begonnen.

Nach sorgfältiger Überlegung unterstütze ich die Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz von AWACS in Afghanistan. Die Aufklärungsflüge sind eine wichtige logistische Unterstützung für die Sicherheit unserer Soldaten. **Ich verurteile allerdings, dass die Bundesregierung den AWACS-Einsatz mit der Debatte um ein Eingreifen in Libyen verknüpft.** Die Bundesregierung missbraucht den AWACS-Einsatz als Ablasshandel für ihre verfehlte Politik in der Libyen-Frage. Diese Verknüpfung ist verlogen, denn die Frage nach einer Beteiligung der Bundeswehr am AWACS-Einsatz in Afghanistan wäre so oder so in den kommenden Wochen auf der Tagesordnung gestanden.

Nun wurde ein Eilverfahren angestoßen, sodass sich der Bundestag innerhalb von nur einer Woche mit der Thematik auseinandersetzen musste. Ich verurteile es, dem Parlament für eine so wichtige Entscheidung so wenig Zeit zu



Berlin-Brief, Ausgabe 93
25. März 2011

Meine Termine

Infostand zur Landtagswahl
26.03.2011, 10 h, Heilbronn, Fußgängerzone

Frühlingswanderung SPD Gundelsheim
26.03.2011, 15 h, Gundelsheim, Milchhäusle

Nicht vergessen: Am Sonntag
den echten Wechsel wählen:
SPD und Nils Schmid!

Landtagswahl

27.03.2011, 8 bis 18h, überall
in Baden-Württemberg

Wahlparty: Der echte Wechsel!
27.03.2011, 18 h, Heilbronn, DGB-Haus

Aktionstag 2011 der Initiative „Hauptschülern eine Chance geben“
30.03.2011, 10.30 h, Heilbronn, Wilhelm-Hauff-Schule

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

lassen und mit vermeintlichen Sachzwängen eine schnelle Entscheidung zu erzwingen. Ein solcher Umgang der Bundesregierung mit dem Parlament ist in einer funktionierenden Demokratie höchst bedenklich! Dies habe ich auch am Freitag in einer **Persönlichen Erklärung** zur Abstimmung im Bundestag zum Ausdruck gebracht.

Das zweite große außenpolitische Thema dieser Woche war die **Situation in Libyen**. Die militärische Intervention in einem Land, das an der Schwelle zum Bürgerkrieg steht, ist eine schwerwiegende Entscheidung von großer Tragweite – auch, wenn diese Intervention auf der Grundlage einer UN-Resolution steht. Es ist wichtig, eine gut überlegte und überzeugende politische Strategie zu formulieren. Die Bundesregierung tut dies nicht, sondern betreibt Augenwischerei. Die Bundeskanzlerin trug mit der Enthaltung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat zur Verwirrung unserer internationalen Bündnispartner bei, die nicht mehr wissen, wofür wir eigentlich stehen. Ich persönlich habe Bedenken, dass sich Libyen als ein Staat, der erst durch den Kolonialismus geschaffen wurde, aufspalten wird in einen westlichen und einen östlichen Teil – und der Westen weiterhin von Gaddafi beherrscht wird. Ich werde die Entwicklung aufmerksam begleiten und weiterhin darüber berichten.

Im Plenum habe ich in dieser Woche zur **Leiharbeit** gesprochen. Meine **Rede** dazu finden Sie anbei. Die Bundesregierung hat Änderungen am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz beschlossen, die jedoch reine Kosmetik sind. Die wirklichen Probleme in der Leiharbeit werden nicht angegangen. Immerhin konnten wir Sozialdemokraten im Vermittlungsausschuss zu Hartz IV eine Lohnuntergrenze für Leiharbeiter durchsetzen, die besonders in Hinblick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 wichtig ist.

Auch in Baden-Württemberg ist jeder zweite Arbeitsplatz, der nach der Krise entstanden ist, in der Leiharbeit. Das zeigt deutlich: Auch bei uns im Musterländle brauchen wir mehr Einsatz für gute Arbeitsplätze, die fair entlohnt werden. Deswegen müssen wir die Chance am Sonntag nutzen, um Schwarz-Gelb abzuwählen, die bei der Atomkraft, bei der Schaffung guter Arbeitsplätze und bei der Chancengleichheit in der Bildung versagt haben. Ich appelliere an Sie: **Nehmen Sie am Sonntag Ihre Nachbarn, Ihre Freunde und Ihre Arbeitskollegen mit ins Wahllokal und sorgen Sie dafür, dass mit der SPD und mit Nils Schmid endlich wieder seriöse Politik in Baden-Württemberg Einzug hält!**

Mit freundlichen Grüßen

